



Antrags-Nr.: AT-24/21

öffentlich nichtöffentlich

Antragsteller: DIE LINKE

Antragsdatum:

06. Mai 2021

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister <input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen <input type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen <input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr <input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung <input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf <input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile <input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	 19.05.2021 26.05.2021

Antragsgegenstand:

Prüfung Pilotprojekt zu kostenlosen Monatshygieneartikeln

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Durchführung eines Pilotprojekts zur unentgeltlichen Bereitstellung von Monatshygieneartikeln in Schulen zu prüfen.

Die Stadtverwaltung möge im 1. Quartal des Jahres 2022 die Prüfergebnisse und ggf. ein Konzept für die Umsetzung des Pilotprojekts im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten präsentieren.

(Begründung auf Seite 2)

Unterschrift Antragsteller/in

Beschlussniederschrift

Gremium: HA StVV
 einstimmig mit Stimmenmehrheit
 laut Beschlussvorschlag
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:
 Anzahl der **Ja**-Stimmen:
 Anzahl der **Nein**-Stimmen:
 Anzahl der **Stimmenthaltungen**:

Begründung:**Was ist das Vorhaben?**

Im Rahmen des Pilotprojekts sollen Körbchen, Spender (oder ähnlichen Ausgabevorrichtungen) für Binden und Tampons in den Toiletten aller Schulen in städtischer Trägerschaft installiert und regelmäßig bestückt werden. Es sollen unterschiedliche Varianten der Herausgabe untersucht werden, um deren jeweilige Vor- und Nachteile zu beurteilen. Hierdurch sollen Schülerinnen kostenlosen Zugang zu Monatshygieneartikeln erhalten.

In einer Pilotphase sollen Erfahrungen, Reaktionen und Kosten eines solchen Angebots evaluiert werden. Das Projekt soll von einer Arbeitsgruppe begleitet werden. Diese soll u.a. die Gleichstellungsbeauftragte, die Gesundheitsplanerin sowie Vertreter*innen des Fachbereiches Schule, der Schulgesundheitsfachkräfte, der Schulsozialarbeiter*innen und der Fraktionen einbeziehen.

Warum insbesondere in Schulen?

Der Beginn der Herausgabe bereits an Grundschulen ist wichtig, damit diese in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem Einsetzen der Pubertät junger Mädchen und dem Aufklärungsunterricht steht. Darüber hinaus kann ein frühzeitiger normaler Umgang zu einer dringend notwendige Enttabuisierung des völlig natürlichen Themas Menstruation beitragen.

Außerdem wirkt die unentgeltliche Herausgabe der sogenannten „Periodenarmut“ entgegen. Auch in Schulen ist es jungen Menschen somit möglich, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, Zugang zu Monatshygieneartikeln zu erhalten.

Warum ist es ein kommunales Thema?

Die aktuelle öffentliche Debatte zu diesem Thema macht deutlich: Hierbei handelt es sich um eine Frage der Gleichstellung von Mädchen und Frauen in unserer Gesellschaft. Artikel für die Monatshygiene sind genauso notwendig wie die geschlechterunabhängige Bereitstellung von Toilettenpapier auf öffentlichen Toiletten. In Schulen städtischer Trägerschaft ist dies Aufgabe der Stadt und somit eine kommunalpolitische Angelegenheit.

Und außerhalb der Schulen?

Es gibt bereits zahlreiche positive Beispiele im öffentlichen Raum. Das zu prüfende Pilotprojekt soll diese aufgreifen, in städtischen Schulgebäuden realisieren und darüber hinaus die Verantwortlichen für weitere öffentliche Gebäude und Einrichtungen in unserer Stadt einbeziehen und für eine freiwillige Beteiligung an diesem Weg werben.